

# Pressemitteilung Nr.: 7/2003

Köln, den 28.11.2003

## **Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter tagte in Flehingen/Baden:**

### **Hartz-Konzept und Profil der Landesjugendämter standen im Zentrum**

### **Weitere Themen: Betreuung, Bildung und Erziehung als Auftrag von Tageseinrichtungen für Kinder; Empfehlungen zur Fachberatung im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, Gesetzesinitiativen zu den Sozialgesetzbüchern VIII, IX und XII, intensivpädagogische Maßnahmen im Ausland**

Vom 24.-26.11.2003 trafen sich die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter unter dem Vorsitz von Markus Schnapka zu ihrer 95. Arbeitstagung in Flehingen.

Das Schwerpunktthema der Arbeitstagung waren die Bedeutung und die Auswirkungen des Hartz-Konzeptes für die Jugendhilfe. Dieter Göbel, Abteilungsleiter im Landesjugendamt Rheinland, informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Inhalte, aktuellen Entwicklungen und den Stand des Gesetzgebungsverfahrens. In diesem Zusammenhang beschlossen die Mitglieder der BAGLJÄ die Erstellung einer Arbeitshilfe für die örtliche Ebene durch den zuständigen Fachausschuss, in der die Auswirkungen der vier Gesetze zur „Modernisierung des Arbeitsmarktes“ auf Inhalt und Struktur der freien und öffentlichen Jugendhilfe dargestellt werden sollen.

Ferner beschlossen die Mitglieder der BAGLJÄ Eckpunkte zur Positionsbestimmung der „Landesjugendämter im System der Jugendhilfe“. Diese Positionierung geht auf die aktuellen Gesetzesinitiativen ein und bezieht offensiv Stellung zu den Versuchen, Landesjugendämter zu entwerfen.

Daneben wurde auf der Arbeitstagung ein Positionspapier, welches sich mit der Betreuung, Bildung und Erziehung als Auftrag von Tageseinrichtungen für Kinder und ein weiteres mit dem Titel „Tageseinrichtungen für Kinder: Empfehlungen zur Fachberatung“ verabschiedet.

Die Leiterinnen und Leiter befassten sich darüber hinaus mit der steuerlichen Berücksichtigung von Pflegekindern in Vollzeitpflege. Sie begrüßten, dass im Steueränderungsgesetz 2003 durch die Befreiung von der Nachweispflicht eine wichtige Erleichterung für die Eltern von Pflegekindern vorgesehen sei.

Auch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst, die u.a. Jugendhilfeeinrichtungen tangiert, stand auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, gesetzlich zu reagieren, um eine die Kommunen zusätzlich belastende Kostenflut aufzuhalten.

Die Tagung in Flehingen widmete sich daneben den verschiedenen Gesetzesinitiativen zur Änderung des SGB VIII und zum SGB IX und SGB XII. Gegenstand der Sitzung war auch erneut die GEMA-Gebührenfrage. Ein weiterer Tagesordnungspunkt waren intensivpädagogische Maßnahmen im Ausland. Die Leiterinnen und Leiter der Landesjugendämter sahen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, ein Auflagenraster für zukünftige Vereinbarungen der Jugendämter mit freien Trägern zu erstellen und werden in Kürze einen Entwurf dazu vorstellen.